

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum

03.04.2014

Ausschussbetreuender Fachbereich

Kommunalverfassung, Ratsbüro

Schriftführung

Dennis Zach

Telefon-Nr.

02202 142237

Niederschrift

Haupt- und Finanzausschuss
Sitzung am Dienstag, 25.03.2014

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:01 Uhr - 17:54 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil (I)

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 11.02.2014 - öffentlicher Teil**
0135/2014
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5 Einrichtung eines weiteren Hauptschulabschlusskurses**
0109/2014

- 6 **Dienstreisegenehmigung zur Teilnahme an der 79. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen für den Regierungsbezirk Köln am 07.04.2014 in Erkelenz**
0130/2014
- 7 **Umbenennung der seit 1975 als Wohnplätze bezeichneten Ortsteile von Bergisch Gladbach in Stadtteile**
0140/2014
- 8 **Neufassung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsausschüsse und die Bürgermeisterin/den Bürgermeister (ZustO) für die IX. Wahlperiode**
0126/2014
- 9 **Neufassung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse des Rates der Stadt Bergisch Gladbach (GeschO)**
0127/2014
- 10 **Benennung der Erschließungsstraße im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 6197 - Am Eichenkamp**
0014/2014
- 11 **Anträge der Fraktionen**
 - 11.1 **Antrag der SPD-Fraktion vom 17.02.2014 (eingegangen am 18.02.2014) zur Wiederwahl eines Beigeordneten und Bestellung zum Stadtkämmerer**
0142/2014
 - 11.2 **Antrag der CDU-Fraktion vom 10.03.2014 (eingegangen am 11.03.2014) zur Information über Gerichtsverfahren von besonderer Bedeutung und Wirksamkeit in der Öffentlichkeit**
0149/2014
- 12 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

- N **Nicht öffentlicher Teil**
 - 1 **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil -**
 - 2 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 11.02.2014 - nicht öffentlicher Teil**
0136/2014
 - 3 **Mitteilungen des Bürgermeisters**
 - 4 **Übersicht über getätigte Kreditaufnahmen im Zeitraum 25.01.2014 bis 07.03.2014**
0143/2014
 - 5 **Übernahme von Bürgschaften**
0148/2014

- 6 Neubestellung eines weiteren stellvertretenden Wehrführers der Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach**
0147/2014
- 7 Ausrichtung der künftigen Versorgung der Stadt Bergisch Gladbach**
0150/2014
- 8 Anträge der Fraktionen**
- 9 Anfragen der Ausschussmitglieder**
- Ö Öffentlicher Teil (II)**
- 13 I. Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2014**
0059/2014/1

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil (I)

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Herr Bürgermeister Urbach, eröffnet um 17:01 Uhr die 27. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Bergisch Gladbach in der 8. Wahlperiode. Er stellt fest, dass der Haupt- und Finanzausschuss rechtzeitig und ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Für die Sitzung sind Herr Gerhards (FDP) und Herr Lang (DIE LINKE./ BfBB) entschuldigt. Herr Gerhards wird durch Frau Schmidt-Bolzmann und Herr Lang durch Herrn Santillán vertreten.

Herr Urbach benennt die für die Sitzung relevanten Unterlagen:

- Die Einladung vom 17.03.2014 mit der Anlage zur Tagesordnung und den dazugehörigen Vorlagen,
- die Beratungsergebnisse des ABKSS zu TOP Ö 5 als Tischvorlage,
- einen schriftlichen Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu den TOPs Ö 8 und Ö 9 – Neufassung der Zuständigkeitsordnung und der Geschäftsordnung – als Tischvorlage,
- ergänzende Unterlagen zu TOP N 7 als Tischvorlage sowie
- einen Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB, Fraktion Freie Wähler und Fraktion KIDitiative, auf eine Vorberatung des HFAs zu TOP N 7 der heutigen Sitzung zu verzichten und den TOP von der Tagesordnung abzusetzen als Tischvorlage.

Herr Kamp erklärt, dass für den 26.03.2014 und 03.04.2014 Informationsveranstaltungen zur künftigen Energieversorgung angesetzt seien. Es sei undemokratisch, wenn eine Beschlussempfehlung im Vorfeld dieser Veranstaltungen ausgesprochen werde. Daher sei der gemeinsame Antrag der Fraktionen DIE LINKE./ BfBB, Freie Wähler und KIDitiative mit der Intention gestellt worden, dass in der heutigen Sitzung keine Empfehlung beschlossen werde. Eine solche würde gegenüber der Bürgerschaft ein falsches Signal aussenden. Der Tagesordnungspunkt N 7 solle deshalb von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Herr Urbach merkt an, dass es auch möglich sei, über den Tagesordnungspunkt zu beraten, jedoch auf eine Beschlussempfehlung an den Rat zu verzichten.

Herr Mömkes zeigt sich damit einverstanden, auf eine Beschlussempfehlung zu verzichten. Nichtsdestotrotz können offene Fragen heute geklärt werden.

Herr Waldschmidt erörtert, dass die SPD keine Beschlussempfehlung aussprechen wolle, bevor die Informationsveranstaltungen stattgefunden haben. Allerdings sei eine Beratung des Tagesordnungspunktes wünschenswert.

Herr Dr. Baeumle-Courth schließt sich den getätigten Aussagen an. Er kündigt an, dass Bündnis 90/ DIE GRÜNEN den im Rat gefassten Beschluss den Bürgerinnen und Bürgern zur Entscheidung vorlegen wollen. Dies solle aber in der Ratssitzung vertieft werden.

Herr Urbach fragt, ob sich Herr Kamp mit den getätigten Vorschlägen, auf eine Beschlussempfehlung zu verzichten, einverstanden erkläre oder über die Absetzung des Tagesordnungspunktes abstimmen lassen wolle.

Herr Kamp zeigt sich mit dem Verzicht auf eine Beschlussempfehlung einverstanden. Im Haupt- und Finanzausschuss herrscht Einvernehmen, dass über den Tagesordnungspunkt N 7 zwar beraten, auf eine Beschlussempfehlung an den Rat aber verzichtet werde.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 11.02.2014 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 11.02.2014 - öffentlicher Teil

0135/2014

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Mitteilung zur Haushaltsentwicklung

Herr Mumdey erklärt, dass die Haushaltsentwicklung nur schwer absehbar sei, da dieser erst im Dezember beschlossen worden sei. Nichtsdestotrotz gebe es zwei gravierende Verschlechterungen. Bei der Position „Heimerziehung“ im Jugendhilfebereich seien Mehrkosten in Höhe von ca. 1,9 Millionen Euro zu erwarten. Dies sei damit zu begründen, dass die Fallzahlen enorm gestiegen seien. Zudem gebe es eine Verschlechterung von 800.000 Euro bei der Position „Umlegung“. Diese Mehrkosten entstehen durch die fehlende Planreife der Bebauungspläne „Marktstraße“ und „Platzer Höhenweg“.

Mitteilung zum Sachstand der Sanierung der Otto-Hahn-Schulen

Herr Urbach teilt mit, dass die Vergabekammer dem Kläger nahe gelegt habe, den Überprüfungsantrag zurückzuziehen. Der Kläger sei dieser Empfehlung gefolgt. Somit könne die Generalplanung zur Sanierung der Otto-Hahn-Schulen eingeleitet werden.

5. Einrichtung eines weiteren Hauptschulabschlusskurses

0109/2014

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Im Jahr 2014 wird ein weiterer Hauptschulabschlusskurs an der VHS vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung (insbesondere in 2015) eingerichtet.

6. Dienstreisegenehmigung zur Teilnahme an der 79. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen für den Regierungsbezirk Köln am 07.04.2014 in Erkelenz

0130/2014

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Dienstreisen der Mitglieder des Rates Angelika Bilo, Robert Martin Kraus, Karl-Adolf Maas, Dr. Peter Baeumle-Courth, Renate Beisenherz-Galas, Klaus W. Waldschmidt, Brigitte Schöttler-Fuchs, Berit Winkels, Erich Dresbach und Dr. Reimer Fischer sowie der sachkundigen Bürger Jadwiga Herkenrath und Jörg Krell zur 79. Sitzung der

Arbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen für den Regierungsbezirk Köln am 07.04.2014 in Erkelenz werden genehmigt.

7. Umbenennung der seit 1975 als Wohnplätze bezeichneten Ortsteile von Bergisch Gladbach in Stadtteile

0140/2014

Herr Urbach erläutert, dass der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO NRW die Anregung, die als „Wohnplätze“ bezeichneten Ortsteile von Bergisch Gladbach in „Stadtteile“ umzubenennen, an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen habe. Mit der Vorlage werde dem Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagen, zunächst eine Grundsatzentscheidung zu treffen, ob das Anliegen weiter verfolgt werden und die Verwaltung beauftragt werden solle, die Einteilung und Benennung der Stadtteile zu überprüfen, gegebenenfalls zu ergänzen und dem Haupt- und Finanzausschuss und Rat in der nächsten Wahlperiode zur Entscheidung vorzulegen.

Frau Schundau fragt, ob es richtig sei, dass eine Umsetzung dessen keine Kosten verursache.

Herr Urbach antwortet, dass möglicherweise geringe Aufwendungen durch den Austausch der Ortsschilder auftreten können. Der Beschlussvorschlag sehe vor, einen eventuell notwendigen Austausch von Orts- und Straßenschildern möglichst kostenneutral durchzuführen.

Herr Urbach stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

- 1. Der Haupt- und Finanzausschuss befürwortet grundsätzlich die Umbenennung der bisher als Wohnplätze bezeichneten Ortsteile in Stadtteile.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Einteilung und Benennung der Stadtteile auf der Basis der Vorlage des Hauptausschusses der Stadt Bergisch Gladbach vom 08.12.1998 zu prüfen, ggf. zu ergänzen und dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat der nächsten Ratsperiode zur abschließenden Entscheidung vorzulegen.**
- 3. Der Haupt- und Finanzausschuss folgt der Empfehlung des Ausschusses für Anregung und Beschwerden, einen eventuell notwendigen Austausch von Orts- und Straßenschildern möglichst kostenneutral durchzuführen.**

8. Neufassung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsausschüsse und die Bürgermeisterin/den Bürgermeister (ZustO) für die IX. Wahlperiode

0126/2014

Herr Urbach erörtert, dass die Verwaltung auf Anregung des Ältestenrates einen Vorschlag zur Neufassung der Zuständigkeitsordnung für die IX. Wahlperiode erarbeitet habe, der dem Ältestenrat zur Beratung vorgelegt und dem Haupt- und Finanzausschuss und Rat vom Ältestenrat in seiner Sitzung am 24.02.2014 in der beiliegenden Fassung zur Beschlussfassung empfohlen worden sei. Der Vorschlag umfasse die in der Vorlage dargestellten Änderungsvorschläge. Aus verfahrensökonomischen Gründen werde vorgeschlagen, die Zuständigkeitsordnung noch vor der konstituierenden Sitzung zu beschließen. Damit werde dem neu gewählten Rat die Möglichkeit eröffnet, bereits in der konstituierenden Sitzung über die Besetzung der Fachausschüsse zu entscheiden und die Verteilung der Ausschussvorsitze bzw. stellvertretenden Vorsitze vorzunehmen. Der der Vorlage beiliegende Vorschlag zur Neufassung der Zuständigkeitsordnung für die IX. Wahlperiode entspreche der Beschlussempfehlung des Ältestenrates vom 24.02.2014 an

den Haupt- und Finanzausschuss und Rat. Mit Schreiben vom 21.03.2014 habe die CDU-Fraktion einen schriftlichen Änderungsantrag zu diesem Tagesordnungspunkt eingereicht, der den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vorliege.

Herr Mömkes **beantragt** für die CDU, in der heutigen Sitzung auf eine Beschlussempfehlung zu verzichten und die Beratung und Entscheidung über die Neufassung der Zuständigkeitsordnung in der Sitzung des Rates am 27.05.2014 vorzunehmen. Zwar könne in der heutigen Sitzung eine Beratung erfolgen, es sei jedoch empfehlenswert, dass eine Entscheidung erst in der Ratssitzung am 27.05.2014 getroffen werde. Sofern es erforderlich sei, könne im Vorfeld dieser Ratssitzung auch eine Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses einberufen werden. Da derzeit noch erheblicher Diskussionsbedarf bestehe, sei eine Entscheidung allerdings noch verfrüht.

Herr Zalfen schließt sich den Ausführungen von Herrn Mömkes an. In der CDU gebe es anscheinend ähnliche Vorbehalte gegen eine Zuordnung von Verkehrsangelegenheiten zum Planungsausschuss. Aufgrund des Umfangs dieser Kompetenz werde der Planungsausschuss inhaltlich überfüllt. Zudem könne dies dazu führen, dass einige Themen sowohl im Planungs-, als auch im Infrastrukturausschuss beraten werden. Dies sei nicht zweckmäßig.

Frau Schundau stimmt Herrn Mömkes und Herrn Zalfen zu. Eine Beschlussfassung könne noch nicht erfolgen, zumal der Änderungsantrag der CDU sehr kurzfristig vorgelegt worden sei. Auch seien in der aus der Vorlage hervorgehenden Zuständigkeitsordnung die Kompetenzen der Ausschüsse nicht deutlich von einander abgetrennt. Davon abgesehen sei die Kompetenz über Integrationsangelegenheiten nicht berücksichtigt. Der nötige Diskussionsbedarf mache eine Vertagung unabdingbar. Weiter sei die inhaltliche Ausgestaltung des Gestaltungsbeirats nicht ausreichend.

Herr Urbach entgegnet, dass sowohl die Zuständigkeits-, als auch die Geschäftsordnung in Arbeitskreisen und Ältestenratssitzungen ausgearbeitet worden seien. Daran seien alle Fraktionen beteiligt gewesen.

Herr Santillán hält eine Vertagung der Vorlage für sinnvoll. Er vertrete die Auffassung, dass auch ein eigenständiger Gleichstellungsausschuss eingeführt werden müsse.

Herr Dr. Fischer stimmt einer Vertagung ebenfalls zu. Er habe eine schriftliche Änderungsliste eingereicht. Er schlägt vor, dass die Verwaltung die Änderungslisten aller Fraktionen in einer Übersicht summiere. So könne verdeutlicht werden, welche Änderungswünsche sich überschneiden. Dadurch könne eine schnellere Einigung erzielt werden.

Herr Urbach führt an, dass eine erneute Einberufung des Arbeitskreises nicht vorgesehen sei. Es sei förderlich, wenn die Fraktionen dies untereinander beraten.

Herr Schütz begrüßt den Vertagungsantrag. Er habe bereits in der Ältestenratssitzung verdeutlicht, dass die Zuständigkeitsordnung noch weiterer Ausarbeitung bedürfe.

Herr Höring schlägt vor, dass die Fraktionen sich untereinander beraten. Er sei dazu bereit, die Fraktion zu einer solchen Beratung einzuladen. Dann könne ein Beschlussvorschlag erarbeitet werden, der von allen Fraktionen getragen werden könne.

Herr Urbach stellt den Antrag von Herrn Mömkes zur Abstimmung.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Haupt- und Finanzausschuss verzichtet auf eine Beschlussempfehlung an den Rat. Die Beratung und Entscheidung über die Neufassung der Zuständigkeitsordnung wird in der Sitzung des Rates am 27.05.2014 vorgenommen.

**9. Neufassung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse des Rates der Stadt Bergisch Gladbach (GeschO)
0127/2014**

Herr Waldschmidt **beantragt**, dass auch für diesen Tagesordnungspunkt in der heutigen Sitzung auf eine Beschlussempfehlung verzichtet werde und die Beratung und Entscheidung über die Neufassung der Geschäftsordnung in der Sitzung des Rates am 27.05.2014 vorgenommen werde. Hierzu liege ebenfalls ein Änderungsantrag der CDU vor, welcher innerhalb der Fraktionen beraten werden müsse. Zudem werde die SPD die Einführung einer „Aktuellen Stunde“ beantragen. Deren Rechtmäßigkeit sei in den Sitzungen des Arbeitskreises umstritten gewesen. Die vorliegende Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes NRW sei nach Auffassung der SPD nicht durchgreifend.

Herr Urbach stellt den Antrag von Herrn Waldschmidt zur Abstimmung.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Haupt- und Finanzausschuss verzichtet auf eine Beschlussempfehlung an den Rat. Die Beratung und Entscheidung über die Neufassung der Geschäftsordnung wird in der Sitzung des Rates am 27.05.2014 vorgenommen.

**10. Benennung der Erschließungsstraße im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 6197 - Am Eichenkamp
0014/2014**

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die im Bebauungsplan Nr. 6197 ausgewiesene Erschließungsstraße erhält die Bezeichnung „Zur Brücker Aue“.

11. Anträge der Fraktionen

**11.1. Antrag der SPD-Fraktion vom 17.02.2014 (eingegangen am 18.02.2014) zur Wiederwahl eines Beigeordneten und Bestellung zum Stadtkämmerer
0142/2014**

Herr Urbach erklärt, dass die Vorlage zwei Beschlussalternativen enthalte. Der Haupt- und Finanzausschuss müsse sich auf einen der Vorschläge festlegen.

Herr Waldschmidt führt an, dass über den Antrag der SPD-Fraktion abgestimmt werden solle.

Herr Urbach stellt den Antrag der SPD-Fraktion zur Abstimmung.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig bei Enthaltung der FDP, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Antrag der SPD-Fraktion wird beschlossen: Herr Jürgen Mumdey wird ab dem 01.09.2014 für die Dauer von acht Jahren unter Beibehaltung seines Geschäftsbereiches

(Fachbereiche 2, 3, 4 und 5 im derzeitigen Umfang) zum Beigeordneten wiedergewählt und zum Stadtkämmerer bestellt.

11.2. Antrag der CDU-Fraktion vom 10.03.2014 (eingegangen am 11.03.2014) zur Information über Gerichtsverfahren von besonderer Bedeutung und Wirksamkeit in der Öffentlichkeit

0149/2014

Herr Urbach führt an, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung dahingehend vom Antrag der CDU-Fraktion abweiche, dass nicht der Haupt- und Finanzausschuss, sondern der Rat der Stadt Bergisch Gladbach zweimal jährlich informiert werden solle. Dies sei damit zu begründen, dass der Rat laut Gesetz über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde zu informieren sei. Da dieser Vorschlag weitergehender sei, werde er diesen zur Abstimmung stellen.

Der Haupt- und Finanzausschuss zeigt sich damit einverstanden.

Herr Urbach stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Bürgermeister informiert den Rat zweimal jährlich (mit Stichtagen zum 30. Juni und 31. Dezember in der darauf folgenden Sitzung) über die anhängigen Gerichtsverfahren in wichtigen Angelegenheiten.

12. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Mömkes: Anfrage zu den Trödelmärkten in Refrath

Herr Mömkes erörtert, dass die CDU bereits vor geraumer Zeit die Beendigung der Refrath-Trödelmärkte beantragt habe. Dieser Antrag sei jedoch abgelehnt worden. Es habe Anfang März einen Trödelmarkt in Refrath gegeben. Dieser habe immense Auswirkungen auf die Parkplatzverhältnisse gehabt, insbesondere für den Bereich rund um den Marktplatz und die Straße „Siebenmorgen“. Diese Umstände seien nicht akzeptabel. Die Verwaltung müsse hier umgehend handeln.

Herr Urbach sagt eine Überprüfung dessen zu.

Herr Höring: Anfrage zur zulässigen Höchstgeschwindigkeit an der Buchmühlenstraße

Herr Höring erklärt, dass die Fahrgeschwindigkeit der Kraftfahrzeuge im Bereich der Buchmühlenstraße häufig überhöht sei. Er fragt, ob die Verwaltung die Einführung einer dortigen Geschwindigkeitsbegrenzung auf 10-20 km/h prüfen könne. Der jetzige Zustand sei beklagenswert, so dass eine schnelle Lösung gefunden werden müsse.

Herr Widdenhöfer antwortet, dass die Polizei dazu beteiligt werden müsse, da der fließende Verkehr von einer etwaigen Maßnahme betroffen sei. Eine Überprüfung des Sachverhalts mit Lösungsvarianten werde dann gemeinsam mit dieser stattfinden.

Herr Wagner: Anfrage zum Zustand der Fußgängerzone

Herr Wagner führt an, dass sich die in der Bergisch Gladbacher Fußgängerzone ansässigen Händler über den Zustand dieser beklagt haben. Diese sei insbesondere nach dem Karnevalszug stark verschmutzt gewesen. Seitens der Händlerschaft sei gefragt worden, ob die Reinigungskräfte, welche samstags Schicht haben, ihren Dienst früher beginnen können, damit die Fußgängerzone in einem angemessenen Zustand erscheine. Auch sei angemerkt worden, dass es bei Regen zu Stürzen in

der Fußgängerzone gekommen sei. Er fragt, ob der Verwaltung hinsichtlich dessen etwas bekannt sei.

Herr Urbach antwortet, dass die starke Verschmutzung nach dem Karnevalszug auch dem Umstand geschuldet sei, dass es lange Zeit nicht geregnet habe. Da die Verlegung des Pflasters in der Fußgängerzone sich mittlerweile verfestigt habe, sehe der Fachbereich 7 die Bedingungen für den Beginn einer Maschinenreinigung als erfüllt an. Im Stellenplan sei auch eine Stelle für die Innenstadtreinigung zugesetzt worden. Zudem stehe die Bekanntmachung der Haushaltssatzung unmittelbar bevor, da die Kommunalaufsicht den Haushalt genehmigt habe. Dadurch werde die Handlungsfähigkeit der Stadt Bergisch Gladbach hinsichtlich der Reinigung der Fußgängerzone sichergestellt. Abgesehen davon gebe es keine Hinweise auf eine erhöhte Sturzgefahr bei Nässe.

Herr Kamp: Anfrage zur Verkehrsrechtslage an der Stationsstraße

Herr Kamp erläutert, dass es einen Fußgängerüberweg im Tempo-20-Bereich der „Stationsstraße“ gebe. Im Bereich wo sich diese mit der „Wilhelm-Lindlar-Straße“ kreuze, gebe es einen solchen nicht. Er fragt, wie sich die rechtliche Situation darstelle, wenn ein Fußgänger von einem Autofahrer dort angefahren werde, obwohl sich dieser an die Geschwindigkeitsbegrenzung halte. Die Fußgänger wechseln die Straßenseiten in diesem Abschnitt willkürlich und unkontrolliert.

Herr Schmickler antwortet, dass die Autofahrer in dem Bereich, wo kein Fußgängerüberweg vorhanden sei, Vorrang habe. Allerdings verhalten sich beide Seiten in diesem Bereich üblicherweise sehr rücksichtsvoll. Im Vergleich zur vorherigen Verkehrssituation sei die Anzahl der Fußgängerunfälle rückläufig. Die Maßnahme zeige somit Wirkung.

Herr Urbach bestätigt dies.

Herr Dr. Baeumle-Courth: Anfrage zu Bebauungsplänen

Herr Dr. Baeumle-Courth führt an, dass es für den unter TOP Ö 4 erwähnten „Platzer Höhenweg“ keinen gültigen Beschluss für einen Bebauungsplan gebe. Er fragt, ob es für die Haushaltsplanung vorstellbar sei, dass ausschließlich die Umlageergebnisse berücksichtigt werden, die sich auf gültiges Planungsrecht stützen können. Die übrigen zu erwartenden Einnahmen sollten dann in die darauf folgende Haushaltsplanung verschoben werden.

Herr Urbach antwortet, dass die konkreten Planvorhaben bei der Aufstellung der Haushaltspläne berücksichtigt werden. Der Bebauungsplan „Marktstraße“ habe keine politische Mehrheit erhalten, wogegen für den Bebauungsplan „Platzer Höhenweg“ nicht ausreichend Kapazitäten bei der Stadtplanung vorhanden gewesen seien. Die Umsetzung der Bebauungspläne sei zunächst realistisch erschienen.

Herr Urbach schließt den öffentlichen Teil (I) der Sitzung um 17:25 Uhr. Er weist darauf hin, dass nach der Beratung der nicht öffentlichen Tagesordnungspunkte die Öffentlichkeit zur Beratung des TOPs „I. Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014“ wieder hergestellt werde. Die an der Beratung dieses Punktes interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer können sich in das Foyer vor dem Ratssaal begeben. Die Verwaltung gebe Mitteilung, sobald die Öffentlichkeit der Sitzung wieder hergestellt sei.

Ö **Öffentlicher Teil (II)**

13. **I. Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2014**

0059/2014/1

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich gegen die Stimmen von DIE LINKE./ BfBB und Freie Wähler bei Enthaltung von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die I. Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 2014 wird unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagenen Änderungen beschlossen.

Herr Urbach schließt die Sitzung um 17:54 Uhr.

Gez.
Lutz Urbach
Bürgermeister

Gez.
Dennis Zach
Schriftführer